

Beschlussempfehlung

Hannover, den 06.02.2026

Kulturausschuss

Zukunft der Demokratie sichern - starke demokratische Bildung für starke demokratische Bürgerinnen und Bürger

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6819

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6819 in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung**Zukunft der Demokratie sichern - starke demokratische Bildung für starke demokratische Bürgerinnen und Bürger**

Unsere Demokratie steht vor großen Herausforderungen. Gesellschaftliche Umbrüche und viele gleichzeitige Krisen führen dazu, dass sich viele Menschen ins Private zurückziehen. Gleichzeitig nehmen die Radikalisierung und der Rechtsextremismus zu, was unsere Grundwerte und unser Zusammenleben bedroht. Das Wahlverhalten junger Menschen ist nach den letzten Wahlen (Europawahlen und Bundestagswahl) stärker in den Blickpunkt gerückt und damit auch die Forderung nach mehr Demokratiebildung in Schulen.

Die Aufgabe der Demokratiebildung ist dringlicher denn je. Demokratiebildung soll junge Menschen dazu befähigen, dass sie fundiert, selbstbestimmt und reflektiert Entscheidungen treffen können - auch im Hinblick auf demokratische Wahlen. Angesichts einer zunehmenden Demokratieskepsis und -gegnerschaft und einer Zunahme autoritärer Einstellungen bei jungen Menschen ist es wichtiger denn je, Demokratiebildung in Schulen zu stärken und auszubauen. Dabei stellt sich die Frage nach der Rolle schulpraktischer Entwicklungen zur Förderung demokratischer Handlungskompetenz. Junge Menschen brauchen echte Möglichkeiten der Mitbestimmung, Anreize und Unterstützung, um eine Kultur der Diskussion und des Dialogs zu lernen und Selbstwirksamkeit zu erfahren. Dafür sind Bildungsangebote und -maßnahmen wichtig, in denen Schülerinnen und Schüler nicht nur theoretisch Demokratie lernen, sondern Demokratie in ihrem Schulalltag erleben können. Sie brauchen Räume, in denen sie selbst aktiv mitgestalten können! Demokratie zu erleben bedeutet, sich anerkannt und zugehörig zu erleben, mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen.

Bildungseinrichtungen, vor allem Schulen, spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sollen junge Menschen dazu vorbereiten, sich in der modernen Gesellschaft zurechtzufinden, und sie dabei unterstützen, sich mit zukünftigen Herausforderungen zu beschäftigen. Das Ziel ist es, sie dazu zu befähigen, aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Orientierung bieten dabei die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Besonders wichtig sind die Förderung von „Good Governance“ und die Stärkung demokratischer Prozesse. So können junge Menschen in Niedersachsen die Fähigkeiten entwickeln, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten. Mitwirkung fördert Gleichberechtigung zwischen den Generationen, stärkt die Selbstverantwortung und führt zu einer stärkeren Verbindung mit unserem demokratischen System. Denn: Politische Beteiligung ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Gleichzeitig machen junge Menschen einen großen Teil unserer Gemeinschaft aus. Deshalb hat die Landesregierung sich zum Ziel gesetzt, sie stärker politisch zu beteiligen.

Mitbestimmung und Selbstständigkeit sollen aber nicht nur theoretische Themen im Unterricht sein. Bildungsprozesse müssen so gestaltet werden, dass Demokratie erlebbar ist. Beteiligung und Demokratie bedingen sich gegenseitig, und junge Menschen sollten in allen gesellschaftlichen Bereichen in Entscheidungen einbezogen werden. Dazu ist es nötig, ihnen Möglichkeiten zur Gestaltung

unserer Demokratie zu geben. Nur so können sie Verantwortung für unser gesellschaftliches Zusammenleben übernehmen und den Wert einer demokratischen Gesellschaft erfahren.

Unter diesen Voraussetzungen müssen auch Schulmedien wie Bücher in den Blick genommen werden. Diese vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern auch Werte, Normen und Weltbilder. Sie repräsentieren staatlich legitimates Wissen und prägen als Teil eines „Kerncurriculums“ das Selbstverständnis einer Gesellschaft. Durch ihre Genehmigung und Orientierung an Rahmenplänen besitzen sie besondere Autorität und Legitimität. Schulmedien sollten deshalb weder Klischees verfestigen noch diskriminierende Begriffe oder Darstellungen reproduzieren. Sie sollen Kindern und Jugendlichen vielmehr eine faire und vielfältige Sicht auf die Gesellschaft vermitteln, positive Vorbilder sichtbar machen und ihnen Orientierung in einer offenen, demokratischen Gesellschaft geben. Doch eine Schulbuchstudie von Aydan Özoğuz (2015) stellte fest, dass beispielsweise Einwanderung überwiegend problemorientiert dargestellt wird. Des Weiteren bestätigt eine 2022 veröffentlichte Untersuchung, dass in Schulmedien diskriminierende Wissensbestände reproduziert und Gruppen ausgegrenzt werden – u. a. durch die Reproduktion von Antisemitismus, Rassismus und Sexismus. Damit prägen Schulbücher, wie Lernende unsere Gesellschaft wahrnehmen. Damit Schulmedien diese Aufgabe erfüllen können, braucht es klare und nachvollziehbare Qualitätsstandards. Eine systematische und verbindliche Qualitätssicherung ist die Voraussetzung dafür, dass Inhalte nicht von subjektiven Einschätzungen einzelner Prüferinnen oder Prüfer abhängen, sondern nach einheitlichen Kriterien bewertet werden. Transparente Maßstäbe tragen dazu bei, dass Schulbücher - ob digital oder analog - fachlich korrekt, pädagogisch wertvoll und diskriminierungsfrei gestaltet werden und Kindern und Jugendlichen ein solides Fundament für Bildung und Teilhabe geben. Qualität bedeutet dabei mehr als inhaltliche Richtigkeit. Schulbücher sollten die gesellschaftliche Realität abbilden, Vielfalt wertschätzen und demokratische Werte sichtbar machen. Kindern und Jugendliche sollten durch sie eine faire und vielfältige Sicht auf die Gesellschaft vermittelt bekommen, auch durch positive Vorbilder, und Orientierung in einer offenen, demokratischen Gesellschaft erhalten. Dafür braucht es klare Standards und eine verbindliche Qualitätssicherung. Nur so können Schulmedien ein solides Fundament für Bildung, Teilhabe und Demokratie schaffen.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die zahlreichen Bestrebungen in verschiedenen Ministerien, um demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu stärken, z. B.

- die Durchführung der Initiative „Demokratisch gestalten - Eine Initiative für Schulen in Niedersachsen“, in welcher das Kultusministerium Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Mitglieder des Landeseltern- und Landesschülerrates, Schulträger, Bildungskoordinatorinnen und Bildungskoordinatoren, politische und fachliche Verbände, Bildungsträger, Hochschulen, Gedenkstätten, anerkannte außerschulische Lernorte sowie Akteurinnen und Akteure aus der Friedenspädagogik zusammenführt, um gemeinsam Jugendliche in ihrem Engagement für Demokratie und Menschenrechte zu stärken sowie Teilhabe und Partizipation auszubauen,
- den Demokratiebildungserlass und den BNE-Erlass, die wichtige Schritte unternehmen, um Bildungsinhalte zu vermitteln, die auf eine nachhaltige und demokratische Gesellschaft ausgerichtet sind; in diesem Zusammenhang werden auch die Einführung der Fachaufgabe Demokratiebildung und damit einhergehend die Verankerung der Fachberatung Demokratiebildung an den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung begrüßt,
- die vom Leibniz-Institut für Bildungsmedien/GEI in Auftrag gegebene Analyse von aktuellen Kerncurricula und exemplarischen Schulbüchern im Hinblick auf die Darstellung von Kolonialismus, Migration und Rassismus (inklusive eines Fokus auf Gadge-Rassismus) und die bereits erfolgten Schritte im Sinne einer Weiterentwicklung und Anpassung von Qualitätsstandards bei der Zulassung von Schulbüchern,
- die Bestrebungen der Landesregierung, eine Aufgabenerweiterung der Landeszentrale für politische Bildung vorzunehmen und Angebote stärker auf Schule auszurichten,

- das Programm „Kinderrechte Schulnetzwerk mit UNICEF“, das Schule dabei unterstützt, Kinderrechte in ein ganzheitliches Schulkonzept aufzunehmen, indem die Lehr- und Fachkräfte der Grundschule fortgebildet werden und sich intensiv mit den Themen Beteiligung, Vielfalt und Nicht-diskriminierung, Gewaltprävention und Kinderrechte global auseinandersetzen,
- die Verankerung von Prinzipien und Maßnahmen einer demokratischen Schulkultur als Aufgabe der Schulleitung in der Schulleitungsqualifizierung,
- den Aufbau und die Weiterentwicklung des Netzwerks der „Ausgezeichneten Demokratieschulen“ und der „Ausgezeichneten Lernorte der Demokratie“.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die Demokratiebildung im Schulwesen in den folgenden Säulen weiter zu stärken:

- a) strukturelle Verankerung von Beteiligung und Entwicklung demokratischer Strukturen sowie Ausbau der Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten und
- b) Empowerment und Stärkung demokratischer Lernfelder und Handlungsfähigkeiten von Schülerinnen und Schülern.

Die erste Säule umfasst:

1. die explizite Verankerung von Diskriminierungsschutz im Niedersächsische Schulgesetz, um eine nachhaltige Verankerung dieses Themenkomplexes zu ermöglichen,
2. die Stärkung der aktiven Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schule in geeigneter Weise (z. B. Klassenräte, schulische Gremien, Zukunftswerkstätten im Rahmen von Schulentwicklungsprozessen oder weitere geeignete Modelle) auszubauen und zu vertiefen,
3. im Rahmen der Überarbeitung der Kerncurricula (KC) der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Demokratiebildung als fächerübergreifendes Prinzip im Unterricht (nicht nur in den Kernfächern der politischen Bildung) noch besser zu verankern; dabei sollen auch die Behandlung historisch-politischer Themen und globalgeschichtliche Perspektiven im Kontext der Demokratietgeschichte für den Geschichtsunterricht in Niedersachsen betrachtet werden,
4. die Verzahnung von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) und Demokratiebildung weiter voranzutreiben, indem gezielte Weiterbildungsangebote für BNE-Verantwortliche entwickelt werden, sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen „Lernorten Demokratie“ als Vorbilder für innovative Demokratieansätze zu stärken und auszubauen,
5. Demokratiebildung als Teil der Schulkultur und Schulentwicklung zu verankern und Schulen auch hier Unterstützung und Begleitung bei Schulentwicklungsprozessen zu bieten, und im Zuge dessen auch dementsprechende Fortbildungsangebote insbesondere für Lehrkräfte und nichtlehrendes Personal zu entwickeln und anzubieten,
6. eine Prüfung, wie in Bezug auf das Schulbudget das Thema Demokratiebildung verankert werden kann und inwiefern Schülerinnen und Schüler in den Entscheidungsprozess eingebunden werden können,
7. die Entwicklung von Formaten zur Stärkung eines demokratischen Grundverständnisses und demokratischer Urteils- und Handlungskompetenz, die sich insbesondere an benachteiligte und marginalisierte Kinder und Jugendliche wenden.

Die zweite Säule umfasst,

1. Schulen dabei zu unterstützen, Strukturen zu schaffen, die Schülerinnen und Schüler befähigen, eigene Ideen und Projekte umzusetzen sowie die Beteiligung von Schülerinnen- und Schülerbeteiligung zu fördern,
2. in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Landesamt für Qualitätssicherung (NLQ), zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie Verbänden und Organisationen Fortbildungs-, Empowerment- und Qualifizierungsangebote in den Themenfeldern

„Demokratiebildung“ und „diskriminierungskritische Bildung und Partizipation im Sinne nachhaltiger Entwicklung“ einzurichten, u. a. um marginalisierte Gruppen besser zu erreichen,

3. Schulen dabei zu unterstützen, die schuleigenen Präventions- und Gewaltschutzkonzepte um Aspekte von „Kinderschutz“ zu erweitern sowie „Diskriminierung“, „Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus“ sowie „Antisemitismus“ als Formen von Gewalt aufzunehmen mit dem Ziel, diese Aspekte zu bearbeiten und abzubauen,
4. die Medienbildung zu stärken und Medienkompetenz zu fördern: Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, sich im Netz Informationen für ihre politische Urteilsbildung zu beschaffen und diese Informationen einordnen zu können, sie kritisch zu reflektieren sowie Quellen zu prüfen, um Desinformationen besser zu erkennen,
5. die Wirksamkeit der demokratiebildenden Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln,
6. Qualitätsstandards für die Zulassung von Schulmedien zu entwickeln, kontinuierlich weiterzuentwickeln sowie Lehrpläne und ergänzende Materialien so zu gestalten und fortzusetzen, dass diskriminierungskritische, inklusive und demokratiefördernde Perspektiven systematisch in fachliche und pädagogische Inhalte integriert werden. Dies umfasst sowohl die regelmäßige Überarbeitung von Lehrwerken als auch die stärkere Berücksichtigung von Demokratiebildung, diskriminierungskritischen Kompetenzen, Vielfalt und Gegenwartsfragen in den Kerncurricula.

Pascal Mennen
Vorsitzender